

PVL-Mitgliederinformation

zum Antrag der Erhöhung der massgeblichen Lohnsumme um 1% für Leistungsträger

In der kommenden Landtagssession geht es unter Traktandum 16 insbesondere um den Voranschlag 2018, in welchem auch die Lohnthematik zur Sprache kommen soll. Zuerst möchten wir uns bei der Regierung bedanken, dass es ihr gelungen ist, nach über 9 Jahren „Nulllohnrouden“ und massiver Einsparungen von Personal- und Materialkosten endlich wieder einmal das Eis zu brechen und beim Hohen Landtag eine Lohnerhöhung für die gute Leistung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beantragen.

Der PVL-Vorstand war all die Jahre zuvor immer wieder an die Regierung herangetreten, um deutlich zu machen, dass Lohnerhöhungen notwendig sind. Die von uns dabei vorgebrachten Sachargumente sollten aufzeigen, weshalb es dringend einer Lohnerhöhung bedarf. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, dass unser Lohnsystem seit der Abschaffung der Lohnkarriere und der Einführung von Leistungsgehältern sowie der Möglichkeit von Bonuszahlungen dringend auch mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden muss, da dieses System andernfalls ad absurdum geführt wird – was es aktuell auch ist.

Aus diesem Grund fordern wir heute den Hohen Landtag auf, zusätzlich zu diesem 1% weitere 1.5% für generelle Lohnerhöhungen zu sprechen, damit auch diejenigen, welche nicht zu den per Definition „Leistungsträgern“ gehören eine Kompensation für den Verzicht und den Sparbeitrag der letzten Jahre erhalten (Stichwort: Pensionskasse, Nulllohnrouden, Aufhebung Kündigungsschutz, steigende Arbeitsbelastung durch restriktive Personalpolitik etc.) um hier nur einige zu nennen.

Viele mögen jetzt sagen, unsere Forderung sei utopisch und übertrieben. NEIN. Das ist sie keinesfalls, wenn man bedenkt, was diese Verwaltung zu leisten vermag und welchen wichtigen wirtschaftlichen Faktor sie für den Werkplatz, aber auch für die Menschen in Liechtenstein ganz allgemein darstellt (siehe auch Fiskalquote, Staatsquote und Interview Ernst & Young in der Luzerner Zeitung).

In diesem Sinne: Bitte verfolgt die Landtagsdebatte aufmerksam -> <http://landtag.filmfabrik.li/live/>

➔ Gerne könnt Ihr diese Info an Eure Kolleginnen und Kollegen weiterleiten.

Der PVL-Vorstand

ergeht an:

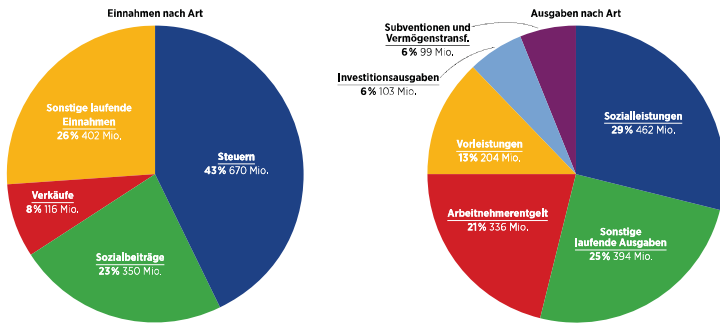
- PVL-Mitglieder, Landtagsabgeordnete und Lehrerverbände

Beilagen:

- FL-Finanzstatistik, Interview Luzerner Zeitung „Wo Liechtenstein uns voraus ist“

Einnahmen und Ausgaben gehen zurück

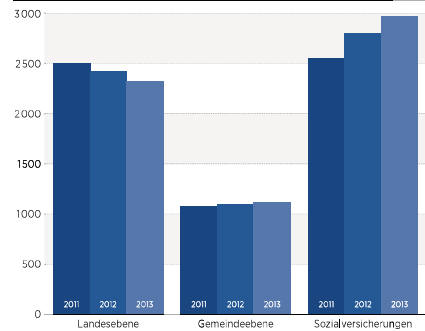
Die nicht konsolidierten Staatsausgaben reduzierten sich im Jahr 2013 um 15,1 Prozent zum Vorjahr und lagen bei 1599 Millionen Franken. Die nicht konsolidierten Staatseinnahmen gingen im Jahr 2013 zum Vorjahr um 12,5 Prozent zurück und lagen bei 1539 Millionen Franken. Den grössten Bereich bei den Einnahmen machen die Steuern mit 43 Prozent aus. Bei den Ausgaben sind die Sozialleistungen der grösste Teil.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

Reinvermögen steigend

In der Vermögensbilanz des Staatsapparats belief sich das Reinvermögen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen Ende 2013 auf rund 6,4 Milliarden Franken. 2012 waren es noch 6,3 und 2011 6,2 Milliarden Franken gewesen.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt, Angaben in Millionen CHF

Liechtenstein im internationalen Vergleich

MANUELA SCHÄDLER

VADUZ. Erstmals kann Liechtenstein, was die Finanzsituation angeht, einen direkten Vergleich zu den europäischen Ländern ziehen: Dies macht die neue Finanzstatistik möglich, welche den Medien gestern von der Regierung und dem Amt für Statistik präsentiert wurde. Regierungschef Adrian Hasler misst ihr eine besondere Bedeutung zu: «Die Finanzstatistik zeigt ein Gesamtbild zu den öffentlichen Finanzen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen auf», sagte er. Ausgaben und Einnahmen sind detailliert aufgelistet, Transaktionen und Vermögensbilanz geben Einblick in die Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Weiters wurde die Statistik nach internationalen Standards erstellt und lässt deshalb in den Bereichen Staatsquote, öffentliches Defizit und Bruttoschuldenquote einen Quervergleich zu anderen Ländern zu. So kann die Situation für Liechtenstein sachlich von aussen beurteilt werden. Was den Regierungschef besonders freut: Liechtenstein schneidet im europäischen Vergleich gut ab und weist beispiels-

weise die niedrigste Staatsquote auf.

Tiefste Staatsquote

Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Sektors Staat in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Im Jahr 2013 lag die Staatsquote von Liechtenstein bei 24,2 Prozent. Im Vergleich zu den europäischen Ländern weist Liechtenstein die tiefste Quote auf. Ein wichtiger Aspekt, wie der Regierungschef betonte. Die Schweiz hat mit 31,5 Prozent die zweitniedrigste Staatsquote. Das Nachbarland Österreich liegt mit 50,9 Prozent im hinteren Drittel. Die höchste Staatsquote hat Slowenien mit 59,7 Prozent zu verzeichnen (siehe Grafik). «Eine tiefe Staatsquote ist aus Sicht der Standortattraktivität als positiv zu bewerten», sagte Mario Schädlers, der gestern zusammen mit Wilfried Oehry, der die Leitung des Projekts innehatte, die Finanzstatistik näher vorstellte. Allerdings räumte er auch ein, dass sich eine optimale Höhe der Staatsquote nicht beziffern lasse.

60 Mio. Franken Defizit

Auch das öffentliche Defizit kann anhand der interna-

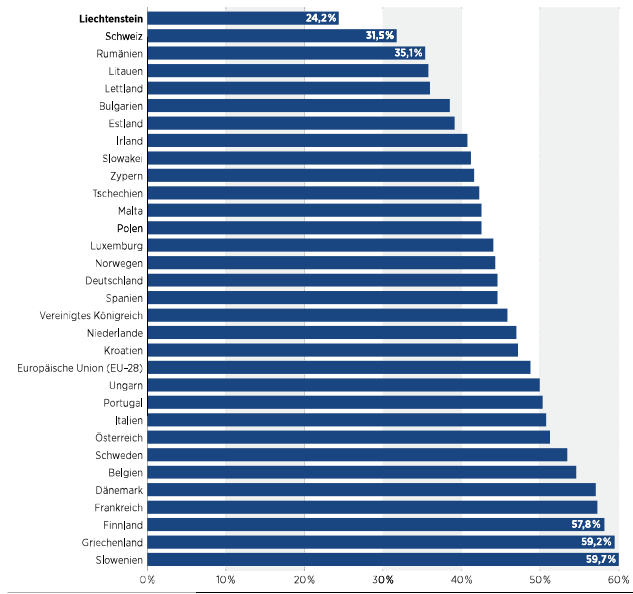
len Kennzahlen mit anderen Ländern verglichen werden. Dieses belief sich im Jahr 2013 auf 60 Millionen Franken. Dies entspricht 1,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). «Im internationalen Vergleich schneidet Liechtenstein gut ab», stellte Mario Schädlers fest. Denn das jährliche Defizit der Euro-Länder soll nicht mehr als drei Prozent des BIP betragen. Das niedrigste Defizit weist die Schweiz mit 0,5 Prozent auf. Liechtenstein folgt an fünfter Stelle. Die Länder Norwegen, Luxemburg und Deutschland können einen Überschuss verbuchen. Die Länder Spanien, Griechenland und Slowenien weisen die höchsten Defizite auf.

Soll jährlich erscheinen

Ein Regierungsbeschluss vom Mai 2012 gab den Startschuss für die Erstellung der Finanzstatistik. Aufgrund der gesetzlichen Grundlage des Statistikgesetzes hat das Amt für Statistik unter der Leitung von Wilfried Oehry die Daten der Jahre 2011 bis 2013 aufgearbeitet. «Künftig wird die Finanzstatistik jährlich erscheinen», sagte Oehry. So sieht Liechtenstein regelmässig, wo es im internationalen Vergleich steht.

Liechtenstein mit tiefster Staatsquote

Die Staatsquote entspricht den Ausgaben des Staatsapparats in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Im europäischen Vergleich weist Liechtenstein die tiefste Staatsquote auf. An zweiter Stelle folgt die Schweiz mit 31,5 Prozent, Österreich liegt mit 50,9 Prozent im hinteren Drittel.



Quelle: Amt für Statistik, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

Vermögen steigt

VADUZ. Die Finanzstatistik nimmt auch die Ausgaben und Einnahmen näher unter die Lupe: Beide sind rückläufig. Die nicht konsolidierten Staatsausgaben von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen reduzierten sich im Jahr 2013 um 285 Millionen Franken (15,1 Prozent) gegenüber dem Vorjahr und lagen mit 1599 Millionen Franken leicht unter dem Wert von 2011 mit 1603 Millionen Franken. «Der Anstieg im Jahr 2012 auf 1894 Millionen Franken hing mit der Sanierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammen», erläuterte Wilfried Oehry.

Die nicht konsolidierten Staatseinnahmen betrugen im Jahr 2013 1539 Millionen Franken. Auch sie gingen im Vergleich zum Vorjahr um 220 Millionen (12,5 Prozent) zurück. Dies ist laut Oehry zum grossen Teil auf eine Sonderregelung für die Couponsteuer zurückzuführen, die Ende 2012 auslief. Die Statistik zeigt detailliert auf, wofür die Ausgaben getätigt und von wo die Einnahmen generiert wurden (siehe Grafik).

In der Vermögensbilanz des Staatsapparats belief sich das Reinvermögen von Land, Gemeinden und Sozialversicherungen Ende 2013 auf rund 6,4 Milliarden Franken. Insgesamt erhöhte sich das Reinvermögen des Staatsapparats von 2011 bis 2013 um 199 Millionen Franken. Wird dies in die drei Sektoren Land, Gemeinde und Sozialversicherung aufgeschlüsselt, ist zu beobachten, dass das Reinvermögen auf Landesebene rückläufig ist, auf der Gemeindeebene ist ein leichter Anstieg und bei den Sozialversicherungen ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen. Mit 46 Prozent Anteil machen die Sozialversicherungen den grössten Anteil des Reinvermögens aus.

Die Vermögensbilanz zeigt also ein eher positives Bild. Für Regierungschef Adrian Hasler ein Zeichen, dass die Sparmassnahmen wirken. «Aber trotzdem dürfen wir nicht auf dem Status quo bleiben», warnte er. Gerade auch bei den Sozialversicherungen dürfe der demografische Wandel nicht unterschätzt werden. (manu)



Bild: Michiel Zenghelli

Präsentieren die neue Finanzstatistik: Mario Schädlers, Amt für Statistik, Regierungschef Adrian Hasler und Wilfried Oehry, Projektleiter Finanzstatistik (v. l.).

Air Berlin verhandelt weiter

Easyjet Die insolvente Air Berlin verhandelt mit der britischen Fluggesellschaft Easyjet weiter über einen Verkauf mehrerer Maschinen. «Wir sind in Gesprächen mit Easyjet», sagte gestern ein Sprecher von Air Berlin. Easyjet hatte am Freitagabend bestätigt, Interesse an bis zu 25 Flugzeugen in Berlin-Tegel zu haben. Air Berlin hatte in den vergangenen gut drei Wochen exklusiv mit Lufthansa und Easyjet verhandelt.

Lufthansa übernimmt grosse Teile der Air Berlin. An den deutschen Branchenprimus gehen 81 von 134 Flugzeugen. Zudem können 3000 der rund 8000 Air-Berlin-Beschäftigten zum Konzern wechseln, hatte Lufthansa-Chef Carsten Spohr angekündigt. Air Berlin erhält nach eigenen Angaben etwa 210 Millionen Euro als Kaufpreis. Die Air-Berlin-Gläubiger entscheiden am 24. Oktober über den Verkauf, dann prüft die europäische Wettbewerbsbehörde in Brüssel das Geschäft, was voraussichtlich mehrere Monate dauern wird. (sda)

Qualcomm strebt iPhone-Verbot an

China Der Rechtsstreit zwischen dem Chipkonzern Qualcomm und Apple geht in die nächste Runde. Qualcomm reichte Klage gegen Apple in China wegen angeblicher Patentverletzung ein, wie das US-Unternehmen am Freitag mitteilte. Apple solle es nun mittels einer gerichtlichen Verfügung untersagt werden, in der Volksrepublik China iPhones zu produzieren und zu verkaufen. Apple teilte mit, dass der Konzern immer bereit gewesen sei, faire und angemessene Gebühren für Patentnutzungen zu zahlen.

Apple und Qualcomm streiten schon länger vor Gericht. Erst Anfang des Jahres verklagte Apple den Chiphersteller auf Schadenersatz in Milliardenhöhe. Das Lizenzgeschäft für Mobilfunkpatente ist der gewinnträchtigste Konzernbereich von Qualcomm. Der Firma setzt aber nicht nur der Abschaffung auf dem Smartphone-Markt zu. Es steht damit auch rund um den Globus im Visier der Wettbewerbsbehörden. 2015 zahlte der Konzern eine Strafe über 975 Millionen Dollar in China. Vor einem Jahr erhob zudem die EU-Kommission den Vorwurf des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Position. (sda)

Opel-Mutter will 400 Jobs streichen

Paris Der französische Autokonzern PSA will in einem seiner britischen Vauxhall-Werke rund 400 Arbeitsplätze abbauen. Mit den Streichungen solle die Wettbewerbsfähigkeit in dem schwierigen europäischen Marktumfeld gesteigert werden, teilte der PSA-Konzern am Freitag mit. Zu PSA gehört auch die deutsche Automarke Opel. In der von den Kürzungen betroffenen Fertigungsstätte Ellesmere Port wird das Opel-Modell Astra gebaut. Die 400 Stellen entsprechen in etwa einem Viertel der dortigen Belegschaft. Der PSA-Konzern, zu dem die Marken Peugeot, Citroën und DS gehören, hatte Opel und Vauxhall im August von GM gekauft. (sda)



Wo Liechtenstein uns voraus ist

Markt Während Schweizer Finanzinstitute aus den Negativschlagzeilen nicht herauskommen, hat sich Liechtenstein konsolidiert. Iwan Zimmermann sagt, was das Ländle besser macht.

Interview: Dominik Buholzer

Die Konjunkturforschungsstelle der ETH hat ihre Prognosen jüngst nach unten korrigiert. Droht uns neues Ungemach?

Nein, die Gefahr besteht nicht. Die Wirtschaft ist sehr gut aufgestellt. Da verträge es auch eine leichte Abkühlung. Die vor kurzem geschehene Entwicklung des Euro spielt uns da sicherlich noch ein wenig in die Hände.

Was hat sonst noch zur erfreulichen Entwicklung beigetragen?

Die Unternehmen haben ihre Hausaufgaben gemacht. Sie haben ihre Abläufe gestrafft, zum Teil führen sie die Margen runter. Wer sein Umfeld beobachtete, wusste, dass die Nationalbank den Kurs von 1.20 Franken nicht ewig halten konnte. Für mich war nicht nachvollziehbar, dass viele Marktteilnehmer über den Entscheid der Nationalbank überrascht waren.

Die Schweizer Wirtschaft hat einen Wandel durchgemacht?

In manchen Branchen drängte er sich auf. So gesehen war der Frankschock gar nicht so schlecht, auch wenn die Situation für zahlreiche exportorientierte Firmen noch immer nicht ideal ist. Liechtenstein hat den Wandel

schon früh mit der konsequenten Weissgeldstrategie durchgemacht.

Sie sprechen Liechtenstein an, das jüngst in der Schweiz negativ in die Schlagzeilen geriet. Der «Blick» warf dem Ländle Schmarotzertum auf Kosten der Schweiz vor.

Gleichwohl: Von Liechtenstein ist in Sachen unlautere Geschäftsmethoden von Finanzdienstleistern nicht mehr die Rede, wogegen die Schweizer Institute nicht aus den Schlagzeilen rauskommen. Was läuft bei uns schief? Liechtenstein ist das Thema viel konsequenter angegangen als die Schweiz. So findet etwa die Umsetzung des automatischen Informationsaustausches Ende September statt, also ein Jahr früher als in der Schweiz. Wir dürfen uns aber nichts vormachen: Mit den Angriffen auf den Finanzplatz Liechtenstein hatten die USA und die EU stets auch die Schweiz im Visier. Liechtenstein diente dazu, den Druck auf den helvetischen Finanzplatz zu erhöhen.

Die Rechnung ging letzten Endes auf.

Stimmt. Aber im Gegensatz zu Liechtenstein sehe ich bei der Schweiz in Sachen Aufarbeitung noch gewisse Hausaufgaben.

Woran denken Sie?

In der Schweiz versucht man bereits wieder, die Zukunft stärker zu gewichten als die Versäumnisse der Vergangenheit. Ich bin gegen zu viel beziehungsweise unnötige Regulierung, jedoch war der Druck vom Ausland offensichtlich zu gross.

Das Ländle ist uns diesbezüglich voraus?

Nicht nur in diesem Punkt. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Liechtensteinern Vorwürfe

«In Liechtenstein komme ich viel schneller zum Ziel.»



Iwan Zimmermann Wirtschaftsprüfer für die Schweiz und Liechtenstein

zu machen, sie würden sich auf Kosten der Schweiz bereichern.

Wenn ich eine eigene Firma gründen möchte, würde ich Liechtenstein als sehr gute Alternative zur Schweiz beurteilen. Ich komme dort viel schneller zum Ziel. Die Wege in der Verwaltung sind kurz und effizient.

Weiter ist das Steuersystem viel benutzerfreundlicher.

Aber matchentscheidend ist der Industriesektor für das Ländle nicht.

Das ist ein Irrtum. Beide Sektoren sind sehr relevant. Der Werkplatz war und ist für das Fürstentum Liechtenstein ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger als der Finanzsektor. Nicht umsonst haben grosse Firmen wie der Werkzeughersteller Hilti, der Steckersystemhersteller Neutrik, der Foodspezialist Herbert Ospelt oder die Wärmetechnologiefirma Hoval ihren Sitz dort.

Zum Schluss noch ein ganz anderes Thema: Weltweit gibt es Bestrebungen, Übernahmen von chinesischen Investoren zu unterbinden. Macht dies Sinn?

Wenn man für eine offene, globale Wirtschaft ist, machen solche Verbote ja eigentlich keinen Sinn. Die Frage ist nur, ob die chinesischen Investoren immer mit of-

fenen Karten spielen oder ob letzten Endes dahinter nicht doch der chinesische Staat steht. Wenn der Verkäufer transparent weiss, wer hinter der chinesischen Gesellschaft steckt, kann dieser selbstständig entscheiden, ob er verkauft oder nicht.

Letzten Endes ist es aber oft auch eine Frage der Aktionäre. Sie müssen ja nicht zwingend einem Verkauf zustimmen, auch wenn das Angebot verlockend ist.

Das stimmt. Entscheidend ist, ob die Ankeraktionäre am Fortbestand der Firma, am kurzfristigen Profit durch einen Verkauf oder an einem ausländischen Investor – irrelevant, ob von China oder beispielsweise aus Europa – interessiert sind. Aber ich bin überzeugt, dass uns die chinesischen Investments noch lange beschäftigen beziehungsweise begleiten werden. Das Land verfügt über dermassen hohe Geldreserven: China wird im europäischen Raum weiterhin aktiv sein, ob wir wollen oder nicht.

Hinweis

Iwan Zimmermann ist diplomierter Wirtschaftsprüfer (CH/FL) und seit Anfang 2017 bei EY (Ernest & Young) zuständig für die Leitung Wirtschaftsprüfung Liechtenstein und Ostschweiz.

«Helvetistan» gewinnt an Gewicht

IWF-Jahrestreffen Die Schweizer Delegation bringt gute Nachrichten vom Jahrestreffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Washington mit. Es herrsche «grosser Optimismus» in Bezug auf das Weltwirtschaftswachstum, sagte Bundesrat Ueli Maurer gestern in Washington. «Der IWF sieht das Ende des Tunnels, auch wenn global noch Risiken bestehen», so der Finanzminister vor Medienvertretern. Der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen

Nationalbank (SNB), Thomas Jordan, verortet diese Risiken mittelfristig in den Gefahren, die mit dem Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik der letzten Jahre zusammenhängen. Ebenso befinden sich verschiedene Staaten in «prägnanten Schuldsituationen». Weitere Risiken lägen in zunehmenden Risiken zum Protektionismus, der Änderung von Regulierungen der Finanzmärkte und Gefahren im Bereich der Sicherheit im digitalen Raum. Der Aufschwung habe sich aber global

gefestigt und sei breit abgestützt, so Jordan weiter. «Nun muss diese Zeit des Aufschwungs genutzt werden, um die Reformen durchzuführen und das Potenzialwachstum zu verbessern.»

Die Schweiz ist seit 25 Jahren Mitglied der Bretton-Woods-Institutionen IWF und Weltbank und leitet je eine Gruppe von Ländern, die sich ein gemeinsames Stimmrecht teilen. Die Gruppe trägt wegen ihrer Zusammensetzung den Übernamen «Helvetistan». Die Gruppe, der neben der

Schweiz zentralasiatische Staaten sowie Aserbaidschan, Polen und Serbien angehören, sei sehr interessant, sagte Maurer. «Sie wird in den nächsten Jahren zunehmend an Gewicht gewinnen im Zuge der Idee der Seidenstrasse von China nach Europa.» Alle Länder der Stimmrechtsgruppe würden entlang dieser Route liegen. Das Know-how der Schweiz sei in diesen Staaten sehr gefragt, und ihre Rolle als Leaderin der Gruppe werde geschätzt. «Wir haben gute Kontakte aufgebaut, und

es herrscht ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis», sagte Maurer.

Bundesrat Johann Schneider-Ammann nahm als Wirtschaftsminister am Treffen der Weltbankgruppe statt. Im Mittelpunkt stand dabei die Strategie der Bank im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Laut Schneider-Ammann muss der Privatsektor eine grössere Rolle in der Entwicklungsfinanzierung übernehmen und in die Zusammenarbeit mit der Weltbank eingebunden werden. (sda)